

Die Schrift steht schon auf der Wand! Wann wird die Energiewende-Blase platzen?

geschrieben von Wolfgang Müller | 30. Juli 2013

Wesentlicher Grund für den Anfang vom Ende dürften zunächst die ausufernden Kosten sein. Das im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz hat aus der deutschen Energieversorgung einen Selbstbedienungsladen für Besserverdienende gemacht. Jeder, der Kapital zur Verfügung hatte, durfte ohne Berücksichtigung übergeordneter Planungen oder Gegebenheiten ganz nach Gusto drauflos investieren und bekam dafür üppige Renditen auf 20 Jahre garantiert. Das Ergebnis war eine chaotisch wuchernde Investitionslawine. Hunderttausende Solar- und Windenergieanlagen wurden gebaut, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, ob der dadurch ohne Rücksicht auf Standort oder Bedarfslage erzeugte Strom auch wirklich gebraucht würde oder wie er zu den Abnehmern transportiert werden konnte. Über Kosten und technische Probleme brauchten sich die Verantwortlichen keinerlei Gedanken zu machen, das wurde den Netzbetreibern einfach auf's Auge gedrückt. Zur Rechtfertigung wurde der unsäglich dummliche Spruch geprägt, Sonne und Wind schickten ja keine Rechnung. Eindeutig den Vogel abgeschossen hat diesbezüglich der damalige Bundesumweltminister Trittin von den Grünen, der im Jahre 2004 behauptete, dies alles werde den Verbraucher nicht mehr kosten als den Gegenwert einer Kugel Eis im Monat.

Die Realität sieht jedoch völlig anders aus. Die jährlichen EEG-Zahlungen sind seit der Einführung des Gesetzes Jahr um Jahr mit hohen Raten gestiegen und würden bei Fortsetzung dieses Trends für das Jahr 2020 bereits rund 35 Mrd. € erreichen, **Bild 1**.

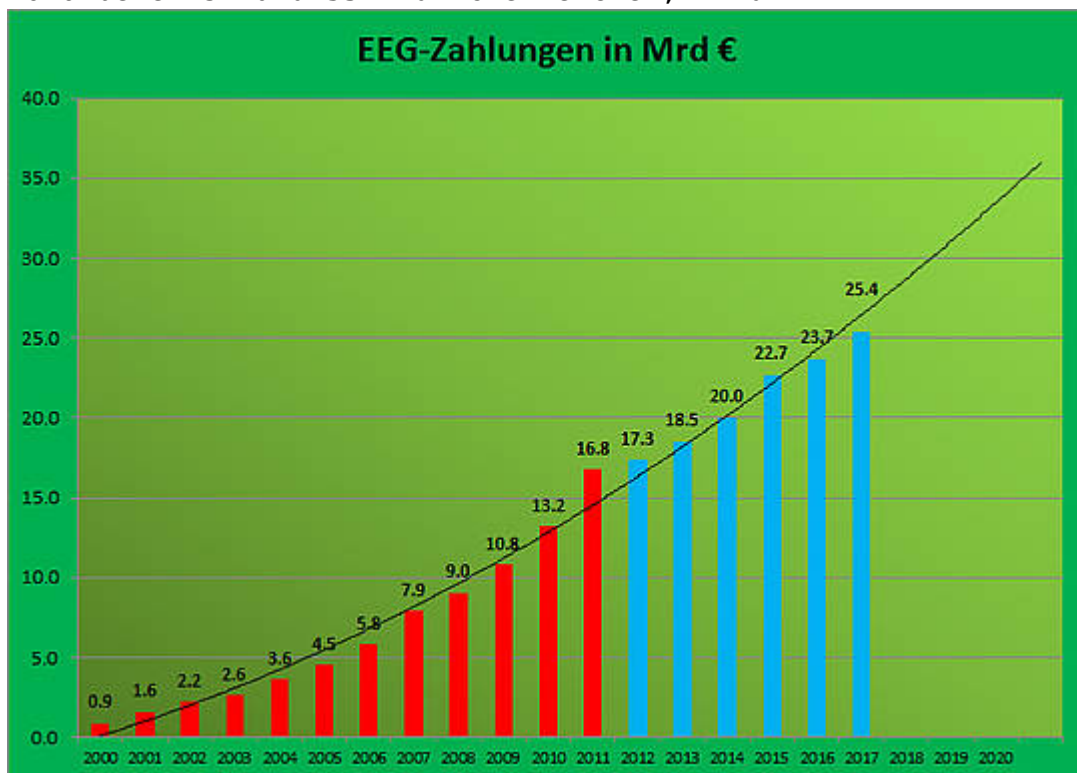


Bild 1: An die Betreiber von EEG-Anlagen jährlich gezahlte Beiträge in Mrd. €, ab 2012 Prognosen (blau). Die Trendlinie zeigt den zu erwartenden Verlauf bis 2020 (Quellen: Wikipedia, eeg-kwk.net)

Diese Zahlen spiegeln jedoch längst noch nicht den tatsächlichen Umfang

der Kosten wider. Hinter jeder Jahreszahlung versteckt lauern die damit verknüpften Langzeitverpflichtungen über einen Zeitraum von 20 Jahren, welche die Politik im EEG den Anlagenbetreibern zugesichert hat. Rechnet man diese Gesamtverpflichtungen für die nächsten Jahre einmal zusammen, so ergibt sich für Deutschland eine Kostenbelastung, die sich bis zum Jahr 2020 auf insgesamt rund 670 Mrd. € summieren dürfte, **Bild 2**. Für den klassischen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt entspricht dies einer Gesamtbelastung von über 32.000,- €.

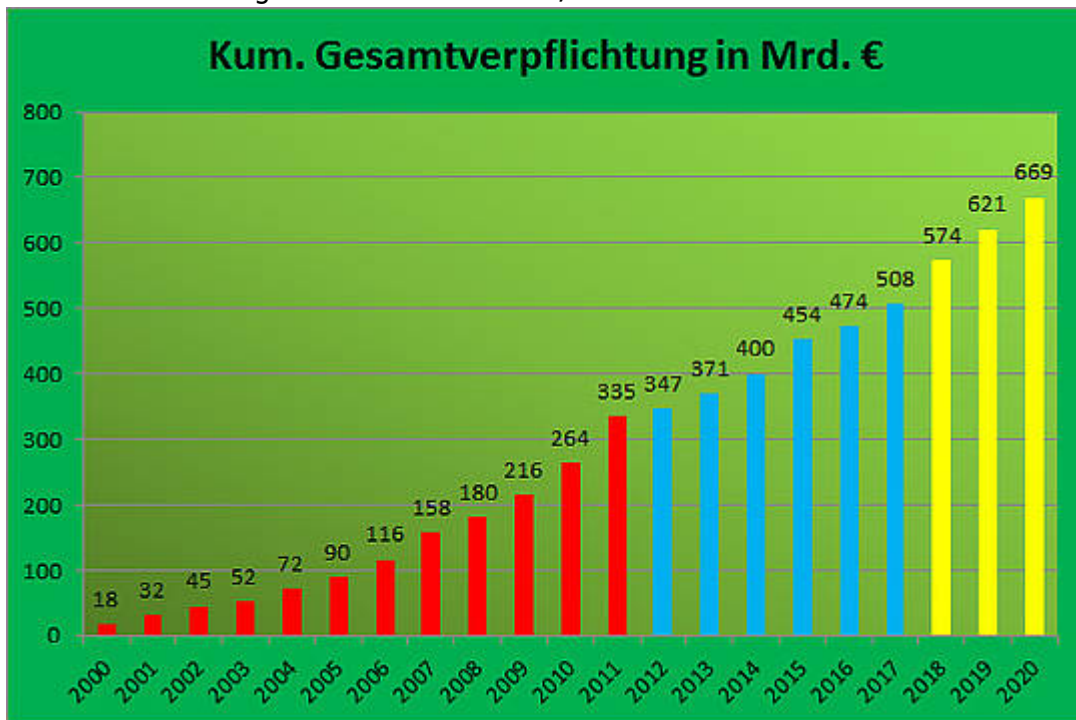


Bild 2. Die kumulierten Gesamtverpflichtungen an die Betreiber von EEG-Anlagen dürften bei ungebrochenem Trendverlauf bis 2020 auf rund 670 Mrd. € ansteigen. Ab 2012 Prognosen (blau), ab 2018 Trendberechnung (gelb)

Die Bilder 1 und 2 zeigen den typischen Verlauf einer aus dem Ruder laufenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die Selbstbedienung zahlreicher EEG-Profiteure auf Kosten der Allgemeinheit, welche die Zeche über ihre Stromrechnungen zahlen muss, kann und wird nicht ewig so weitergehen. Wirtschaftsfachleute dürften keine Probleme haben, in der dargestellten Entwicklung die Anzeichen einer inzwischen stark überdehnten Blase zu erkennen, die früher oder später platzen wird.

Mit explodierenden Kosten wächst die Unruhe

Etwas unruhig wird der deutsche Bürger vermutlich im Spätherbst werden, wenn die neuen EEG-Zuschläge für das Jahr 2014 bekannt werden. Prognosen zufolge dürfte der Aufschlag von derzeit 5,27 auf dann 6,5 bis 7 €-ct. zulegen. Das ist ein Anstieg von 23 bis 33 %. Da hierzu noch etliche weitere Aufschläge wie Steuern, steigende Kosten der Netzbetreiber z.B. für Offshore-Anschlüsse sowie die seit neuestem greifenden Ausgleichszahlungen für unrentable Kraftwerke kommen, dürfte der Bruttostrompreis für den Endverbraucher im Jahre 2014 stramm in Richtung 0,30,- € pro kWh

marschieren. Gerade bei sozial schwachen Haushalten dürfte dies zu einem Stimmungsumschwung bezüglich der Bereitschaft zur weiteren Unterstützung der Energiewende führen.

Noch entscheidender aber ist die stark wachsende Unruhe in Teilen der Industrie, insbesondere in Branchen wie Hütten- und Stahlwerken, Gießereien oder manchen Bereichen der Chemischen Industrie, deren Energiekosten teilweise mehr als 50 % der Gesamtkosten ausmachen. Im Gegensatz zu früheren Jahren, als die entsprechenden Verbände wohl noch hofften, aus den einst hochgepriesenen Wachstumsmärkten Fotovoltaik und Windkraft Aufträge zu erhalten, sehen sich immer mehr von ihnen nun von den mittlerweile uferlos wachsenden Energiekosten existenziell bedroht. Hinzu kommen erhebliche Sorgen z.B. bei Betrieben, denen mit der von der EU geforderten rückwirkenden Streichung der bisher gewährten Befreiung von der EEG-Zulage die Pleite ins Haus stehen könnte. Die Stellungnahmen der entsprechenden Verbände werden – ganz unüblich für die sonst sehr zurückhaltende Art deutscher Industrievertretungen – inzwischen immer dringlicher und unverblümt. Die Politik wird diese Entwicklung nicht mehr lange ignorieren können.

Deutlichstes Zeichen an der Wand sind neben den fast schon flächendeckenden Pleiten in der Solarbranche die inzwischen fast schon panischen anmutenden Rückzugsmanöver großer deutscher Konzerne aus ihren Solarsparten sowie aus unsinnigen Großprojekten wie Desertec.

Chaos in der Energiebranche

Weitere deutliche Anzeichen für einen bevorstehenden Crash zeigen sich im Energiesektor. Die bereits gebauten Nordsee-Windparks kommen nicht vom Fleck, die Hersteller haben leere Auftragsbücher, während die Hafenstädte lautstark Subventionen für den Ausbau weiterer Kapazitäten im Bereich Spezialschiffsbau und Umschlaganlagen fordern. Die großen Energieversorger schreiben Verluste und müssen in erheblichem Umfang Personal abbauen. Immer mehr konventionelle Kraftwerke – insbesondere Gaskraftwerke – rechnen sich nicht mehr. Die eigentlich fälligen Stilllegungen werden von der Regierung unterbunden, die entsprechenden Kosten trägt ebenfalls der Stromkunde. Die Planung neuer Kraftwerke kommt immer mehr zum Stillstand. Inzwischen jammern auch immer mehr Stadtwerke, also gerade diejenigen, die vorher jahrelang als Treiber der Energiewende aufgetreten waren.

Auch bei Deutschlands Nachbarn breitet sich wegen des unkontrolliert über die Grenzen entsorgten „Ökostroms“ Unruhe aus. Polen und Tschechien errichten Sperranlagen, um ihre Netze zu schützen. In Österreich, wo man normalerweise leise Töne und feinsinnige Diplomatie bevorzugt, beschweren sich hochrangige Manager der Strombranche unverblümt über deutsche Alleingänge und warnen vor einer Destabilisierung der Versorgung. Und in der Schweiz werden inzwischen Planungen zum Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken auf Eis gelegt.

Am gravierendsten ist dabei die Tatsache, dass gerade Pumpspeicher und die flexibel einsetzbaren Gaskraftwerke am meisten leiden. Dabei sind es doch gerade diese Kraftwerkstypen, die als Ausgleich für die schwankende

Einspeisung aus Wind und Sonne am dringendsten benötigt würden. Ohne Pufferung durch flexible Gaskraftwerke und ohne Speicherung in Pumpspeicherkraftwerken ist ein weiterer Ausbau der „Erneuerbaren“ kaum noch möglich. Dabei erweisen sich die fehlenden Speichermöglichkeiten als Achillesferse. Auf diesem Gebiet gibt es keine in ausreichendem Umfang verfügbare und wirtschaftlich vertretbare Lösungen. Zurzeit ist keinerlei planvolles Vorgehen zur Behebung dieses fundamentalen Mangels zu erkennen. Stattdessen versucht die Politik mit immer hektischeren und teureren Notmaßnahmen, das Unvermeidliche zumindest über den Wahltermin hinaus zu verzögern.

Keinerlei CO2-Einsparung

Eines der für die Politik besonders fatalen Probleme eines baldigen Scheiterns der Energiewende ist, dass deren erklärtes Ziel, nämlich die Verringerung von CO₂-Emissionen, bereits jetzt vollständig gescheitert ist. Mit der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen deren Leistungsbeiträge zunehmend von Kohlekraftwerken übernommen werden, weil die „Erneuerbaren“ dazu schlicht und ergreifend außerstande sind. Wenn der Wind im Winter wochenlang schwächelt und die Sonne in Südafrika urlaubt, muss hierzulande der gesamte konventionelle Kraftwerkspark volle Schichten fahren.

Dafür werden Millionen Tonnen Kohle benötigt. Eine Zusammenstellung der bei der deutschen Stromerzeugung entstehenden CO₂-Emissionen im Verlauf der letzten 12 Jahre zeigt **Bild 3**. Bis zur Abschaltung des letzten Kernkraftwerks im Jahre 2022 wird sich diese Situation immer weiter verschärfen. Nach eigenen überschlägigen Berechnungen kann erwartet werden, dass die jährlichen CO₂-Emissionen aus Stromproduktion im Jahr 2022 bei rund 450 Mio. t liegen, knapp 30 % mehr als im Jahr 2012. Die politische „Lösung“ dieser verfahrenen Situation dürfte vermutlich so aussehen, dass man ab 2014 anfangen wird, den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien mit dem Argument einer „Kostenbremse“ mehr oder weniger stark einzuschränken. Dies wäre das de facto-Ende der Energiewende. Zur Minimierung von Widerständen wird man vermutlich versuchen, ein Nebeneinander der konventionellen Stromerzeugung und des bis dahin errichteten Bestandes an ineffizienten Wind- und Solaranlagen hinzubekommen. Und inständig hoffen, dass es nicht zu einem „shitstorm“ kommt. Dem Bürger bzw. der nächsten Politikergeneration wird man es überlassen, sich um den angerichteten Scherbenhaufen und eine Gesamtkostenbilanz in einer Größenordnung zwischen 500 Mrd. und 1 Billion € zu kümmern. Und man wird versuchen, über Themen wie „Klimawandel“ und CO₂-Reduzierung still und heimlich Gras wachsen zu lassen.

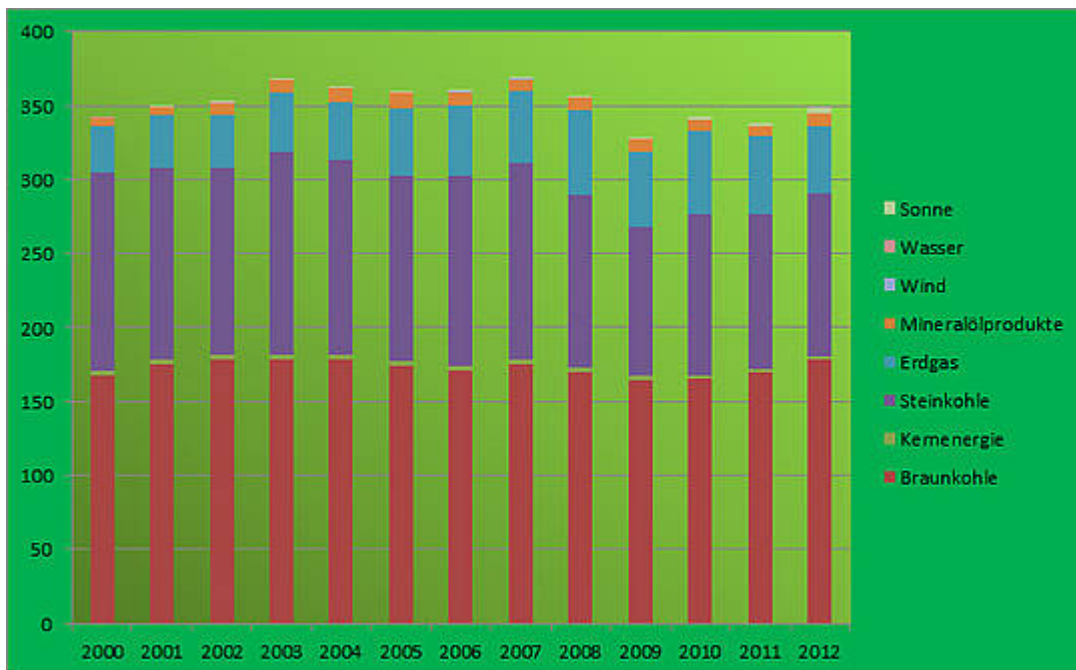


Bild 3. Die jährlichen CO₂-Emissionen der Stromerzeugung (in Mio. t CO₂) sind trotz der gestiegenen Anteile von Strom aus Sonne, Wind und Biomasse von 2000 bis 2012 Jahren faktisch unverändert geblieben

Die mittelfristige Katastrophe

Natürlich kann es dazu kommen, dass die Empörung in der Bevölkerung trotz der bekannten Gutmütigkeit des deutschen Michels so stark anwächst, dass es nicht mehr gelingt, den Deckel auf dem Topf zu halten. In diesem Fall wird man wohl versuchen, die laufenden EEG-Verträge zumindest teilweise zu annullieren. So richtig konsequent wird man dies aber wohl nicht tun können oder wollen, weil in diesem dicht verfilzten Interessengeflecht zuviele Wähler, zuviele große Konzerne und zuviele Stadtwerke mit verstrickt sind. Am ehesten wird es vermutlich Privatleute treffen, die damit rechnen müssen, dass zumindest ein Teil ihres eingesetzten Kapitals verloren ist.

Das Problem für Deutschland wird jedoch vor allem sein, dass sich immer mehr Hypothesen einer verfehlten Politik aufeinanderstapeln und sich zudem gegenseitig verstärken. Wir haben aktuell bereits eine alternde Gesellschaft, ungedeckte Renten- und Pensionsansprüche und die stetig wachsenden Verpflichtungen aus dem Euro. Obendrauf wurde in den letzten Jahren die ebenso sinnlose wie extrem teure „Energiewende“ gesattelt. Eine gesunde Volkswirtschaft könnte eine oder zwei solcher Lasten sicherlich schultern. Die Kombination wirkt jedoch verheerend. Die zusätzliche Belastung der bereits geschwächten Wirtschaft durch überhöhte Energiekosten könnte sich als der Tropfen erweisen, der das übervolle Rettungsboot schließlich zum Sinken bringt. Es ist wie in der Natur, wo ein bereits geschwächter Organismus dem Angriff von Krankheiten und Parasiten dann irgendwann nichts mehr entgegenzusetzen hat.

Jeder, der zurzeit gezwungen ist, die nahende Katastrophe sehenden Auges, aber mit gebundenen Händen durchzumachen, sollte es sich zur

Aufgabe machen, die Verantwortlichen die Konsequenzen ihres Tuns spüren zu lassen. Das Internet vergisst nichts, alle ihre Lügen und dummen Sprüche sind leicht zu finden. Jeder Bürger ist aufgerufen, Herrn Trittin und Konsorten nicht nur bei dieser Wahl, sondern auch noch bei der nächsten und übernächsten mit ihren Lügen zu konfrontieren. Irgendwann muss und wird es gelingen, dass „Grüner“ zum Schimpfwort wird und man diese Scharlatane aus den Ämtern und Pöstchen, die sie sich durch Täuschung ihrer Mitmenschen ergaunert haben, wieder entfernt.

Fred F. Mueller